

Beschluss

Werra und Weser sind kein Abwasserkanal! Grenzwerte sofort senken und Verpressung einstellen Andere Möglichkeiten des Stoffstrommanagements nutzen

Werra und Weser werden vom Unternehmen k+s weiter als Abwasserkanal für Millionen Tonnen Salzlauge jährlich genutzt. Mit fatalen ökologischen Folgen für den Süßwasserfluss, aber auch für Landwirtschaft, Tourismus, Fischerei und Wasserversorgung. Verschmutzungsrechte gibt es nicht geschenkt. k+s muss im Sinne des Verursacherprinzips alle Umweltfolgen, die durch die Kaliproduktion entstehen, verringern und langfristig beseitigen.

Die Grenzwerte zur Einleitung von Salzlauge in die Werra stammen aus dem Jahre 1942 und wurden ursprünglich für die Kriegsproduktion festgelegt. Sie liegen 25mal über dem natürlichen Salzgehalt der Werra. Nach wie vor werden sie zur Legitimation für die Entsorgung der Produktions- und Haldenabwässer im thüringisch-hessischen Kalirevier genutzt. Die Verpressung im Plattendolomit ist vorläufig eingeschränkt worden. Eine Verpressung in der Gerstunger Mulde konnte vorerst abgewendet werden.

Allen ist mittlerweile klar: k+s hat ein Entsorgungsproblem, das gelöst werden muss. Die Kaliregion ist durch den ein Jahrhundert andauernden Bergbau wesentlich geschädigt. Die beschönigende Bezeichnung „Land der weißen Berge“ verharmlost die Folgen der Kali-Produktion. Nicht nur über, sondern gerade unter der Erde sind weite Teile des Gebietes mittlerweile versalzen. Das hat fatale Folgen, für die Trinkwassergewinnung, die Lebewesen in und an der Werra, die Landwirtschaft, aber auch die Landnutzung und Flora und Fauna insgesamt.

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, Werra und Weser wieder in einen guten ökologischen Zustand gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis zum Jahr 2020 zu überführen. Ausdrücklich unterstützen wir die Kommunen, die sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt durch die Salzabwässer zur Wehr setzen. Unser Ziel ist, generell keine Verpressung von Salzlauge in den Untergrund mehr zu genehmigen und das Unternehmen k+s in die Pflicht zu nehmen, für die Entsorgung ihrer Abwässer aufzukommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern das Unternehmen k+s auf, Verantwortung für die Folgen des Kaliabbaus zu übernehmen und keinen weiteren Druck auf ihre Beschäftigte und ihre Familien aufzubauen. Von k+s erwarten wir, seine Produktion so umzustellen, dass die Produktionsrückstände so gering wie möglich gehalten werden. Die Vermeidung von Abwässern und Abfall steht an erster Stelle. Grundlage dafür muss die Erstellung einer umfassenden Konzeption sein, aus der die weitere geplante Entsorgung von Abwässern aus der Produktion und dem Halden-niederschlag hervorgeht. Dabei muss die Frage der Haldenabdeckung bzw. Rückführung untertage explizit berücksichtigt werden, um die ökologischen Auswirkungen möglichst gering zu halten und den Schaden zu minimieren. Wir wollen, dass k+s Verantwortung für die Folgen seines unternehmerischen Handelns übernimmt und die Maßnahmen und Kosten, die daraus ent-

stehen, in vollem Umfang trägt. Die Abwälzung der Folgekosten auf die Allgemeinheit halten wir für volkswirtschaftlich wie ethisch nicht vertretbar. Entsprechend dem VerursacherInnenprinzip muss k+s in die Pflicht genommen werden.

Wir fordern die Landesregierungen der fünf Länder auf, ihrer besonderen Verantwortung für die Reinhaltung von Werra und Weser endlich nachzukommen und die Salzeinleitung in die Werra sofort zu verringern und bis 2020 zu beenden. Wir kritisieren scharf, dass die Landesregierungen in Hessen und Thüringen bei der Unterzeichnung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit k+s die Zusammenarbeit mit den Weseranrainerländern (NDS; NRW; HB) nicht gesucht haben. Der Bau einer Nordseepipeline zur Entsorgung der nicht vermeidbaren Laugen und der auch noch nach Einstellung der Kaliproduktion anfallenden Salzabwässer darf nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Machbarkeit und ökologische Folgen müssen wissenschaftlich untersucht und geprüft werden. Eine Pipeline nur bis zur Weser lehnen wir ab. Das bisher vom Unternehmen in Aussicht gestellte „Maßnahmenpaket“ wird keinesfalls ausreichen, die Gewässerqualität anzuheben. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Wir fordern gemeinsam mit den Umweltverbänden von den Landesregierungen:

1. Die Verpressung der Salzlauge in den Untergrund ist umgehend einzustellen.
2. Umgehende drastische Reduzierung aller Salzeinleitungen und vollständiger Stopp bis spätestens 2020, stufenweise Absenkung der Einleitungsmengen.
3. Stufenweise Absenkung der Grenzwerte bis 2020 auf ein für naturnahe Lebensgemeinschaften verträgliches Niveau, Einführung von Grenzwerten für Magnesium und Kalium am 30.11.2009.
4. Festlegung von Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der „diffusen“ Salzbelastung.
5. Vereinbarung weiterer Maßnahmen zur Sanierung der Werra.
6. Bildung von Rückstellungen durch die k+s AG zur Sanierung der Grundwasserkörper sowie der Werra und der Nachsorge für die Abraumhalden.